

NACHHALTIGE ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG – WELCHE OPTIONEN BESTEHEN FÜR DIE STAATENGEMEINSCHAFT UND DIE DEZA?

Eine ambitionöse Post-2015 Agenda der Nachhaltigen Entwicklung und Armutsreduktion benötigt eine ebenso ehrgeizige und umfassende Finanzierungsstrategie. Dieser DP Brief analysiert umstrittene Aspekte der Anrechenbarkeit der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD), wie sie vom OECD-DAC vorgegeben wird, und ihre Auswirkungen für die Schweiz. Zudem wird geprüft, wie sich die DEZA und die Schweiz im Bereich der nachhaltigen Entwicklungsfinanzierung besser positionieren können. Dies geschieht im Hinblick auf die neue Botschaft des Bundesrates¹ über die internationale Zusammenarbeit der Schweiz 2017–2020, die zukünftige Post-2015 Agenda und die UNO-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung.

2015 ist ein entscheidendes Jahr für die nachhaltige Entwicklungsfinanzierung: Die Staatengemeinschaft verhandelt derzeit über einen ehrgeizigen Post-2015 Referenzrahmen für die Entwicklungszusammenarbeit. In dessen Zentrum stehen die Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), wie etwa in den Bereichen Wasser, Biodiversität oder Frieden. Um die Umsetzung der Agenda sicherzustellen, strebt die dritte UNO-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung, die vom 13. bis 16. Juli 2015 in Addis Abeba stattfinden wird², die Einigung auf eine umfassende und ganzheitliche Finanzierungsstrategie an. Der Hintergrundbericht³

über verschiedene politische Optionen für die nachhaltige Entwicklungsfinanzierung bildet dazu eine wichtige Grundlage. Zudem wollen die MinisterInnen des Entwicklungsausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC) die Messung der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) an die Anforderungen der neuen SDG-Agenda anpassen.

Eine globale Finanzierungsstrategie muss dem raschen Wandel im Bereich der Entwicklungsfinanzierung Rechnung tragen. Nicht nur die Ziele, sondern auch die Akteure und die Quellen der Entwicklungsfinanzierung sind einem dynamischen Wandel unterworfen. So hat sich das Gesamtvolumen der internationalen wirtschaftlichen, staatlichen und privaten Ressourcen zugunsten der Entwicklungsländer seit 2000 mehr als verdoppelt. Entwicklungsländer

haben Zugang zu privaten Geldströmen wie unter anderem ausländischen Direktinvestitionen, Darlehen oder Portfolioaktien. Auch private Überweisungen von Migranten steigen an. In der Folge stammten im Jahr 2012 mehr als 80 Prozent der internationalen Nettofinanzflüsse für Entwicklungsländer aus privaten Finanzströmen.⁴

Der Finanzierungsbedarf der Post-2015-Entwicklungsagenda ist enorm⁵. Um die-

4 Development Initiatives (2013), *Investments to end poverty*; OECD (2013), *“the where” of development finance*; OECD (2014), *The new development finance landscape: developing countries’ perspective*.

5 Siehe ICESDF (2014) Teil B für einen umfassenden Quantifizierungsversuch des Bedarfs. Für die Armutsreduktion in allen Ländern (arm ist, wer pro Tag über weniger als USD 1.25 verfügt) beläuft sich der jährliche Investitionsbedarf auf 66 Mrd. USD. Der weltweite jährliche Investitionsbedarf für

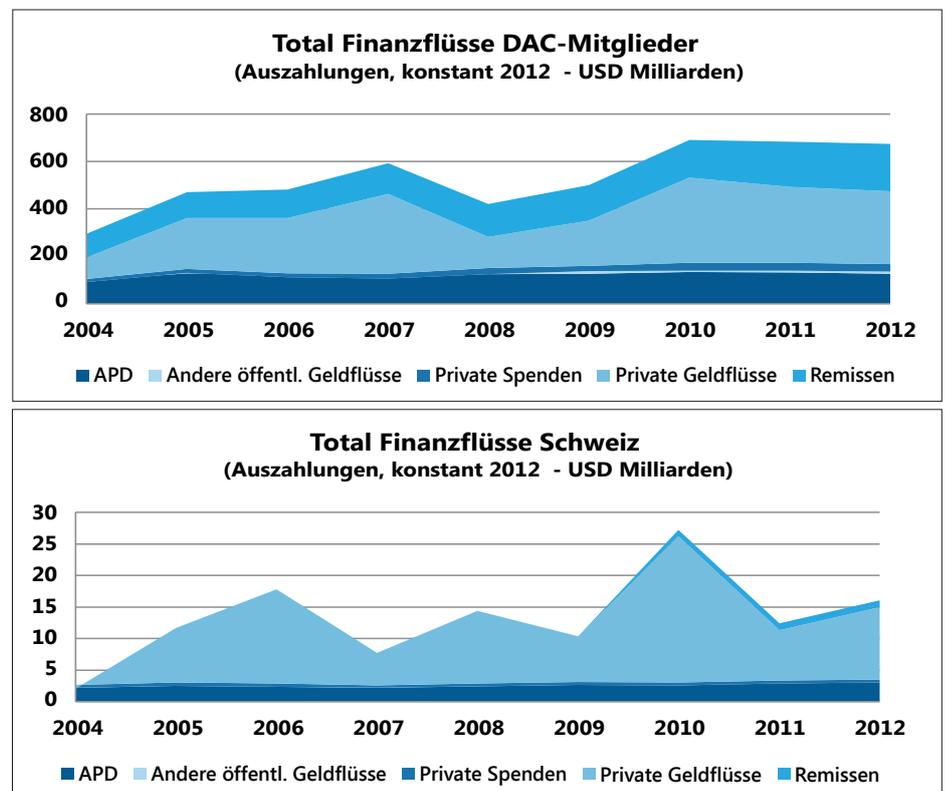


Abbildung 1: Finanzmittel der OECD-DAC Mitglieder und der Schweiz zugunsten der Entwicklungsländer (2004–2012) Quelle 1 DEZA Illustration, OECD-Daten

1 Im Jahr 2012 hat das Parlament die Botschaft des Bundesrates über die internationale Zusammenarbeit 2013–2016 verabschiedet. Diese gibt eine Gesamtstrategie für die Aktivitäten der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) vor und umfasst einzelne Rahmenkredite. Die neue Botschaft wird den Zeitraum 2017–2020 abdecken und zusätzlich den Rahmenkredit der EDA-Abteilung für Menschliche Sicherheit beinhalten.

2 Generalversammlung der Vereinten Nationen UNO (2014), Resolution (A/RES/68/279).

3 Siehe ICESDF (2014), *Report of the Intergovernmental Committee of Experts on Sustainable Development Finance*.

sen Bedarf angesichts des raschen Wandels im Bereich der Entwicklungsfinanzierung zu erfüllen, braucht es eine umfassendere Finanzierungsstrategie. Die Strategie sollte insbesondere a) nationale und internationale Finanzflüsse beinhalten; b) den Einsatz von öffentlichen und privaten Ressourcen kombinieren; und c) auf den komparativen Vorteilen verschiedener bestehender und künftiger Finanzflüsse basieren. Mit anderen Worten, das neue Finanzierungsrahmenwerk sollte über die Entwicklungshilfe hinausgehen.

Trotz dieser Dynamik ist die APD immer noch die wichtigste internationale Finanzierungsquelle der ärmsten Länder. In vielen der am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDCs) macht die APD bis zu 70 Prozent der verfügbaren ausländischen Ressourcen aus. Dies macht die Entwicklungshilfe zu einem entscheidenden Instrument für die Armutsreduktion. In Ländern mit mittlerem Einkommen (Middle Income Countries, MICs) fällt die APD anteilmässig weniger ins Gewicht. Hier ist sie auf die soziale Ungleichheit ausgerichtet, wirkt als Katalysator für andere Mittel oder trägt zur Bereitstellung globaler Kollektivgüter bei.

APD-DEFINITION AUF DEM PRÜFSTAND

Das dynamische Umfeld der Entwicklungszusammenarbeit verlangt nach einer Überprüfung des heutigen APD-Konzepts. Die MinisterInnen des OECD-DAC wollen die statistische Berechnung der APD modernisieren. Damit wird auch die Rolle und Definition der APD für die Zeit nach 2015 überarbeitet.⁶ Der politische Spielraum für

Infrastruktur – Wasser, Landwirtschaft, Telekommunikation, Energie, Verkehr, Gebäude oder Industrie – liegt zwischen 5 und 7 Billionen USD. Nicht gedeckte Kreditbedürfnisse der KMU in Entwicklungsländern liegen bei 3,5 Billionen USD. Zusätzlich erforderliche Mittel für die Bereitstellung globaler Güter werden auf mehrere Bn USD (10¹²) pro Jahr geschätzt.

⁶ Das von der OECD-DAC vorgegebene statistische Mass der APD ist weiterhin zentral, insbesondere um die Entwicklungszusammenarbeit von anderen Bereichen wie Handel oder Verteidigung unterscheiden zu können. Diskussionen über ein zusätzliches Mass für die «Summe der öffentlichen Entwicklungsunterstützung» (TOSD) finden gleichzeitig mit der sanfteren APD-Revision statt, welche 2015 weitergeführt werden. Dabei soll die universelle Post-2015 Agenda berücksichtigt und die Rechnungslegung für die Klimafinanzierung diskutiert werden.

eine radikale Änderung der APD-Anrechenbarkeit ist jedoch beschränkt. Diese würde sich auf die Rangliste der OECD-Mitgliedstaaten in Bezug auf das von der UNO vorgegebene Ziel auswirken, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der reichen Länder für die APD zur Verfügung zu stellen. Weil die Geberländer immer häufiger auch Darlehen als APD verbuchen, müssen aber die Regeln zur Konzessionalität dringend vereinheitlicht werden. Zudem sind die Post-2015-Ziele für die APD weiter gefasst als vor 10 Jahren, was gewisse Fragen in Bezug auf die Liste der APD-anrechenbaren Aktivitäten aufwirft.⁷

⁷ Für weitere Informationen siehe DIE (2014), *Zur Zukunft des ODA-Konzepts*; Roodman, CGDEV (2014), *Straightening the measuring stick*; alliance-sud (2014), *Verwässerung der Entwicklungshilfe?*, Global+, p. 10.

APD-Reform in der OECD-DAC: Konzessionalität und APD-anrechenbare Aktivitäten

Es braucht eine klare Definition der Konzessionalität. Gemäss DAC gelten Darlehen als APD, wenn sie konzessionär sind. Solche Darlehen beinhalten tiefere Zinssätze, längere Rückzahlungsfristen oder direkte Zuschüsse. Kurz gesagt, die Konditionen sind vorteilhafter als auf dem Markt.¹ Ob ein Darlehen als APD gilt oder nicht, ist in einem Tiefzinsumfeld stark davon abhängig, welche Bedeutung dem Kriterium «dem Charakter nach konzessionär» beigemessen wird. Dieses Kriterium wird von den Gebern unterschiedlich interpretiert, was zu ungleichen Praktiken bei der Vergabe von Darlehen und zu uneinheitlichen Statistiken geführt hat.²

¹ Konzessionäre Darlehen sind ein wichtiger Teil der APD. Im Jahr 2012 belief sich die Brutto-APD für alle DAC-Länder auf USD 140 Mrd., davon entfielen USD 15,5 Mrd. (11 %) auf Darlehen und Aktien. Zurzeit gewähren 11 DAC-Mitglieder konzessionäre Darlehen.

² Gemäss *DCD/DAC(2013)*² weisen die EU, Frankreich und Deutschland in ihren APD-Anrechnungen ein beachtliches Volumen an Darlehen aus, die zu strengeren Konditionen als die nicht als konzessionär eingestuften Kredite der IBRD gewährt werden (in gewissen Fällen mit Zinssätzen, die mehr als 2 % über jenen der IBRD-Kredite liegen). Zudem werden diese Darlehen hauptsächlich an MICs vergeben, denen die Weltbank nur Darlehen

Die OECD-MinisterInnen haben beschlossen, das Spektrum der Aktivitäten, die unter die APD-Definition fallen, sanft zu revidieren. Eine mögliche Ausweitung umfasst Massnahmen im Zusammenhang mit Friedens- und Sicherheitsaktivitäten, wie Antiterroraktionen und Abrüstung in Entwicklungsländern. Zudem wollen einige DAC-Mitglieder die Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen in den Geberländern ausschliessen.

Die diskutierte Modernisierung würde das APD-Volumen der DEZA und die aktuelle Berichterstattung der Schweiz kaum verändern. Einerseits ist die Schweiz ein Zuschussgeber (grants): Sie stellt vor allem Mittel bereit, die von den Entwicklungsländern nicht zurückbezahlt werden müssen. Daher hätte eine Veränderung der Darlehensberechnung keinen Einfluss auf ihre APD-Berichterstattung. Andererseits weist die Schweiz im Vergleich zu allen anderen DAC-Ländern den höchsten Anteil an inländischen Flüchtlingskosten aus.³ Absolut gesehen würde sich eine Streichung dieser Ausgaben aus dem APD-Konzept nicht auf das Volumen des DEZA-Budgets auswirken. Diese Kosten fallen im Bundesamt für Migration an. Die Streichung hätte jedoch einen Abstieg der Schweiz in der APD/BNE-Rangliste zur Folge. Im Jahr 2013 beispielsweise wäre die Schweizer APD-BNE-Quote von 0,47 um 0,07 Prozentpunkte niedriger ausgefallen. Nur wenige DAC-Mitglieder unterstützen jedoch den Ausschluss der Flüchtlingskosten. Die Schweiz strebt in der APD-Debatte keine inhaltliche Änderung, sondern die Klärung der Definition und der Bewertungskriterien an. Diese sollen sicherstellen, dass in der APD die Ausgaben der Geberländer mit einem klaren Entwicklungszweck widerspiegelt werden.

zu nicht-konzessionären Konditionen gewährt. Die mathematischen Berechnungen müssen daher überarbeitet werden, vor allem die Frage, ob und wie die Subventionsäquivalent-Methode (im Gegensatz zur Cash-Flow Methode) angewandt wird und zu welchem Diskontsatz (z. B. fest oder differenziert, risikoangepasst).

³ Die Flüchtlingskosten entsprachen 2012 21 % und 2013 18 % der Summe der APD der Schweiz, während der DAC-Durchschnitt bei 3 % lag.

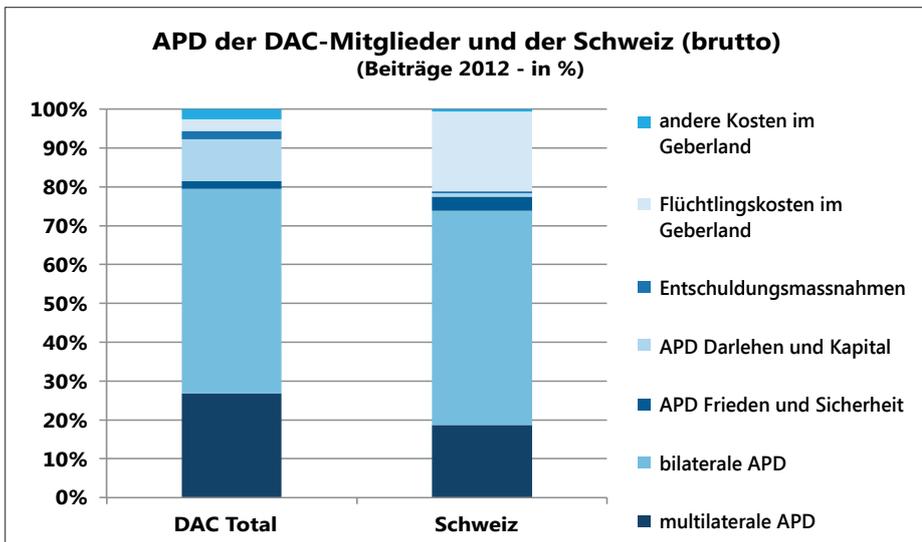


Abbildung 2: Zusammensetzung der Brutto-APD nach DAC-Ländern und der Schweiz
Quelle: DEZA Illustration, OECD-Daten

OPTIONEN DER DEZA ZUR MOBILISIERUNG WEITERER MITTEL FÜR DIE ENTWICKLUNG

Die Schweiz hat einen Konsens über die Quellen für eine umfassende Finanzierungsstrategie entwickelt. Das interdepartementale Arbeitspapier «Sustainable Development Finance Post-2015»⁸ zeigt die Optionen auf: «Wir unterstützen eine umfassende Finanzierungsstrategie, welche die Bedeutung der Mobilisierung inländischer Ressourcen (Domestic Resource Mobilisation, DRM) betont, den komparativen Vorteil jeder Finanzierungsquelle nutzt und ein günstiges Umfeld für die Generierung dieser Mittel und deren wirksame Vergabe zugunsten der Nachhaltigen Entwicklung schafft.» Die APD allein wird nicht ausreichen. Sie muss strategisch und kreativ eingesetzt werden, um zusätzliche Finanzflüsse für nachhaltige Lösungen zu mobilisieren und kanalisieren.

Die Erarbeitung der neuen Botschaft ist eine günstige Gelegenheit, um die Optionen für die Umsetzung eines solchen umfassenden Finanzierungsrahmenwerks zu prüfen. Die Anforderungen und der Finanzierungsbedarf einer Post-2015 Agenda sind enorm. Gestützt auf das interdepartementale Arbeitspapier und im Hinblick auf die Erarbeitung der neuen Botschaft über die internationale Zusammenarbeit hat die DEZA die Möglichkeit, weiter aufzuzeigen, wie mit den Mitteln

der APD mehr öffentliche, private und «gemischte» Finanzmittel mobilisiert werden können. Konkret werden verschiedene Optionen von der Staatengemeinschaft geprüft. Die DEZA ist bei gewissen dieser Optionen besonders gut positioniert:

a) **Gezieltere Fokussierung der APD dorthin, wo sie am meisten gebraucht wird.** Die Konzentration der APD auf Länder, die am wenigsten Zugang zu internationalen Finanzmitteln haben, kann ein Weg für eine wirksame Vergabe der APD sein. Gerade den LDC und fragilen Staaten fehlt es oft an solchen Ressourcen. Von den 20 Schwerpunktländern bzw. -regionen der DEZA gelten 15 als LDCs und 10 als fragile, konfliktbetroffene Staaten.⁹ Eine zweite ergänzende Möglichkeit besteht darin, den Fokus stärker auf die Förderung globaler öffentlicher Güter zu legen, wie zum Beispiel ein stabiles Klima oder globale Sicherheit. So können die globalen Risiken angegangen werden, von denen die verletzlichsten Länder und Menschen unverhältnismässig stark betroffen sind. Die Bewältigung dieser globalen Herausforderungen zählt zu den Prioritäten der künftigen Post-2015

⁹ In den Jahren 2012 und 2013 gingen 24 % der bilateralen Hilfe der Schweiz (DEZA und SECO) an die 20 grössten Hilfeempfänger, gegenüber durchschnittlich 29 % in den Jahren 2007–2011. Damit liegt die Schweiz unter dem DAC-Niveau von 55 % für 2010/11. Bei der DEZA ist die Summe der bilateralen APD-Allokationen an LDCs von 225 Mio. USD im Jahre 2007 auf 413 Mio. USD im 2012 angestiegen (laufende Preise). Der Anteil der bilateralen Hilfe an LDCs hat ebenfalls zugenommen (von 29,5 % im 2007 auf 32,8 % im 2012), ähnlich wie bei den tiefer eingestufteten MICs (von 18,3 % auf 18,4 %) und höheren MICs (von 1,2 % auf 8,9 %).

Agenda. Die DEZA ist mit ihren Globalprogrammen, etwa in den Bereichen Klimawandel oder Wasserbewirtschaftung, gut vorbereitet, um die ökologische Nachhaltigkeit und die soziale Inklusion zu fördern. Die Erarbeitung der neuen Botschaft bietet somit Gelegenheit, den Fokus auf die LDCs und die fragilen Staaten sowie auf die Förderung globaler Kollektivgüter zu prüfen.

b) **Stärkung der Eigenkapazitäten der Entwicklungsländer zur Generierung und Bewirtschaftung ihrer inländischen öffentlichen und privaten Ressourcen.** Die einzelnen Länder tragen die Hauptverantwortung für ihre nachhaltige Entwicklung. Die inländischen Ressourcen der Partnerländer machen schon heute den grössten Anteil der vorhandenen Finanzierungsquellen aus. Zudem tragen die Mobilisierung inländischer Ressourcen (DRM) und eine solide Verwaltung der öffentlichen Finanzen zur Reduktion der Abhängigkeit von Entwicklungshilfe, zum Aufbau von Institutionen, zur Förderung der Rechenschaftspflicht und zur Bereitstellung lokal angepasster Dienstleistungen bei. Trotz der absehbaren Bedeutung der DRM in der Post-2015 Agenda, besteht dafür global gesehen eine erhebliche Finanzierungslücke. Weltweit werden nur etwa 0,1 Prozent der APD für die Entwicklung der Steuersysteme eingesetzt. In den fragilen Staaten ist dieser Anteil mit 0,07 Prozent noch tiefer. Die Schweiz stuft die inländischen Ressourcen als die wichtigste Quelle für die Entwicklungsfinanzierung ein. Wo nötig sind sie durch ausländische Unterstützung zu ergänzen. Daher verankert die DEZA Massnahmen für die Stärkung der Steuersysteme in ihren lokalen Programmen zu Gouvernanz und Rechenschaftspflicht. Zurzeit leistet sie in rund 17 Ländern Unterstützung im DRM-Bereich. Dazu gehört der Kapazitätsaufbau in den Bereichen Steuererhebung und Ausgabeneffizienz.

c) **Stärkere Einbindung des Privatsektors in entwicklungsrelevante Projekte.** Der Privatsektor kann durch Finanzierung, Knowhow und die Anpassung seiner Geschäftspraktiken zur Nachhaltigen Entwicklung beitragen. Die DEZA hat im Rahmen von öffentlich-privaten Entwicklungspartnerschaften (Public-Private Development Partnerships, PPDPs) Erfahrungen in der Einbindung des Privatsektors. PPDPs zielen hauptsächlich darauf ab, die Geschäftsaktivitäten der Unternehmen nachhaltiger zu gestalten. Ein Beispiel hierfür ist das vom Globalprogramm Wasserinitiativen der DEZA unterstützte SuizAgua-Colombia-

⁸ Schweizerische Eidgenossenschaft (2014), Arbeitspapier «Sustainable Development Finance post-2015»

Projekt, mit dem der Wasserfussabdruck der Unternehmen reduziert werden soll. Ein anderes Beispiel ist die Swiss Capacity Building Facility, eine innovative PPDP mit dem Schweizer Finanzsektor. Sie trägt durch Kapazitätsaufbau auf der Mikroebene zur finanziellen Inklusion in Entwicklungsländern bei, unter anderem durch Zugang zu Versicherungen für Menschen mit niedrigem Einkommen. In solchen PPDPs werden die Projekte oft vollständig durch private Unternehmen oder Investoren finanziert.

Trotz der grösseren Verfügbarkeit von privaten Finanzmitteln in den Entwicklungsländern vermögen viele soziale Sektoren und Länder (LDC oder fragile Staaten) aufgrund ihrer hohen Risiken oder der tiefen Renditeerwartung private Investoren nicht zu überzeugen.¹⁰ Um die privaten Investitionen zu erhöhen, müssen entwicklungsrelevante Projekte finanziell tragfähig gestaltet werden, indem beispielsweise ihr Risikoprofil geändert wird. Dies kann über Blending-Instrumente (Kombination von Zuschüssen und Kapitalmarkt-Darlehen) oder Matching Grants (ergänzende Zuwendungen) erfolgen. In diesem Fall stellt ein Geber einen Teil der Summe der erforderlichen Finanzmittel als APD zur Verfügung, um zusätzliche private Mittel anzuziehen. Um die ambitionösen Post-2015 Anforderungen zu erfüllen, wird ein angemessenes Angebot an öffentlichen Instrumenten für die Mobilisierung von weiteren privaten Mitteln immer wichtiger. Die DEZA kann in diesem Bereich auf ihrer Erfahrung mit der Plattform zur Förderung von Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz in der internationalen Zusammenarbeit (RE-PIC) aufbauen, über die Investitionen unter Beteiligung privater Unternehmen getätigt werden. Die künftige Privatsektorfazilität (Private Sector Facility, PSF) des Grünen Klimafonds, wird Gelegenheit bieten, im Bereich der emissionsarmen und klimaverträglichen Entwicklung die Privatsektoreinbindung und Instrumente zur Erschliessung von Mitteln weiter auszuloten. Die DEZA ist in deren Direktorium und im Ko-Vorsitz der Privat Sektor Beratungsgruppe vertreten. Die Finanzinstrumente und Partnerschaften mit dem Privatsektor können also noch weiter ausgebaut werden. Die vielversprechendsten Möglichkeiten betreffen Gebie-

te, in denen die DEZA über die technische Expertise verfügt. Insbesondere ist das im Bereich Gesundheit, Bildung und Berufsbildung, aber auch in den Sektoren der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), Umwelt, Wasser und Ernährungssicherheit der Fall.

d) **Die Bewertung und Anpassung der Schweizer Finanz- und Steuerpolitik, um negative Auswirkungen auf Entwicklungsländer zu minimieren.** Bei der entwicklungspolitischen Kohärenz (Policy Coherence for Development, PCD) geht es um die Entwicklungsfreundlichkeit von (inter-)nationalen Politikbereichen wie dem Schweizer Finanzsektor oder Rohstoffhandel.¹¹ Gemäss dem interdepartementalen Arbeitspapier ist sich die Schweiz bewusst, dass eine quantitative finanzielle Unterstützung allein der nachhaltigen Entwicklung nicht förderlich ist. Sie muss auch durch geeignete politische Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene getragen werden. Daher fördert die DEZA die PCD in den Partnerländern sowie in der Schweiz und auf multilateraler Ebene.

Die Schweiz gehört zu den weltweit führenden Finanzplätzen. Sie verfügt über eine wachsende nachhaltige Finanzszene mit traditionellen Akteuren wie Banken sowie einer Impact-Investment-Industrie (Investitionen in sozial und ökologisch nachhaltige Produkte).¹² Aufgrund ihrer Fachkompetenz könnte die Schweiz im Bereich der nachhaltigen Investitionen weltweit eine führende Rolle einnehmen und folglich einen beachtlichen Einfluss auf die globale Entwicklung ausüben. Zudem ist die Schweiz dazu eingerichtet, der globalen Herausforderung der illegalen und unlauteren Finanzflüsse zu begegnen.¹³ Im Rahmen der derzeitigen Gesetzgebungsaenda hat die Schweiz die Möglichkeit, einen nachhaltigen Rechtsrahmen voranzutreiben. Dazu gehören die Förderung und potenzielle Erarbeitung

11 ECDPM (2013), *Putting Policy coherence for development into perspective: supporting Switzerland's promotion of PCD in commodities, migration and tax policy*.

12 z. B. <http://www.sustainablefinance.ch/>

13 Gemäss dem Institut Global Financial Integrity werden die illegalen Mittelabflüsse aus Entwicklungsländern zwischen 2001 und 2010 auf 5900 Mrd. US-Dollar geschätzt, während sich die ausländische Hilfe auf 677 Mrd. US-Dollar belief. Zu den spezifischen Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten für die Schweizer Entwicklungspolitik siehe DP Brief (April 2014), *unlautere und illegale Finanzflüsse*.

10 Für weitere Informationen siehe Europäisches Parlament (2014), *Financing for Development post-2015: improving the contribution of private finance*; Kharas & McArthur (2014), *Mobilizing Private Investment for Post-2015 Sustainable Development*, Briefing Note, Brookings.

von (inter-)nationalen Transparenzstandards sowie eine verbesserte und harmonisierte nichtfinanzielle Berichterstattung der Unternehmen. Ausserdem setzt sich die Schweiz weiterhin für die Rückführung gestohlener Vermögenswerte ein. Insbesondere unterstützt sie Anstrengungen um sicherzustellen, dass die zurückgeführten Vermögenswerte der Bevölkerung des Empfängerlandes zugutekommen.

FAZIT

Die Jahre 2014 und 2015 sind wegweisend für die nachhaltige Entwicklungsfinanzierung in der OECD und der UNO. Die öffentliche Entwicklungshilfe sollte strategischer und wirksamer eingesetzt werden, um unter anderem auch zusätzliche Ressourcen für die Erfüllung der Bedürfnisse der Post-2015 Agenda zu generieren. Gestützt auf den schweizerischen Konsens über eine umfassende Finanzierungsstrategie kann die DEZA entsprechende Überlegungen in ihre Positionierung für die internationale Konferenz in Addis Abeba und die neue Botschaft 2017–2020 einfließen lassen. Themen für weitere Überlegungen sind: Fokussierung der APD, Mobilisierung inländischer Ressourcen, stärkere Einbindung des Privatsektors sowie nachhaltige Finanzregulierung und Bekämpfung illegaler Finanzflüsse.

IMPRESSUM

Herausgeber

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
DEZA, Abteilung Analyse und Politik
Freiburgstrasse 130, CH-3003 Bern
analyse.politik@eda.admin.ch
www.deza.admin.ch

Kontakt

Alexandra Frank, analyse.politik@eda.admin.ch
Andrea Ries, andrea.ries@eda.admin.ch

Diese Publikation ist auch auf Französisch und Englisch erhältlich.

Bei den Development Policy Briefs handelt es sich um Debattenbeiträge zur Entwicklungspolitik und nicht um offizielle Positionen der DEZA/des EDA/der Schweiz.